

HL-live.de - Dienstag, der 2. September 2008

Grüne fordern ein Konzept gegen Kinderarmut

Die Lübecker Grünen haben ihre Anträge zur Bekämpfung der Kinderarmut dahin gehend geändert, dass der Bürgermeister in der nächsten Sozialausschusssitzung ein Konzept zur Bekämpfung der Kinderarmut in der Hansestadt vorlegen soll.

Mit einer zweiten Änderung dieser Anträge wollen die Grünen verhindern, dass verschiedene Zuwendungen für Kinder wie zum Beispiel Schulbeihilfen von den Hartz-IV-Leistungen wieder abgezogen werden können.

Hierzu meint Rolf Klinkel, Ausschussmitglied und sozialpolitischer Sprecher: "Die Grünen befürchten, dass das Lübecker Arbeits- und Sozialamt ARGE die Schulbeihilfen der Stadt oder von anderen bei den bedürftigen Kindern wieder einsammeln kann. Dies ist nach dem Hartz-IV-Gesetz möglich. Zwar sind Leistungen für Schulmaterialien in den laufenden Zahlungen für den Lebensunterhalt in den Regelsätzen nicht enthalten oder erwähnt. Sie werden jedoch von den Regelleistungen umfasst. Dies bedeutet, dass Schulbeihilfen dem gleichen Zweck dienen wie Hartz-IV- Leistungen. Nach der gesetzlichen Logik darf die ARGE deshalb geldliche Schulbeihilfen der Stadt - und auch anderer - den bedürftigen Kindern wieder wegnehmen."

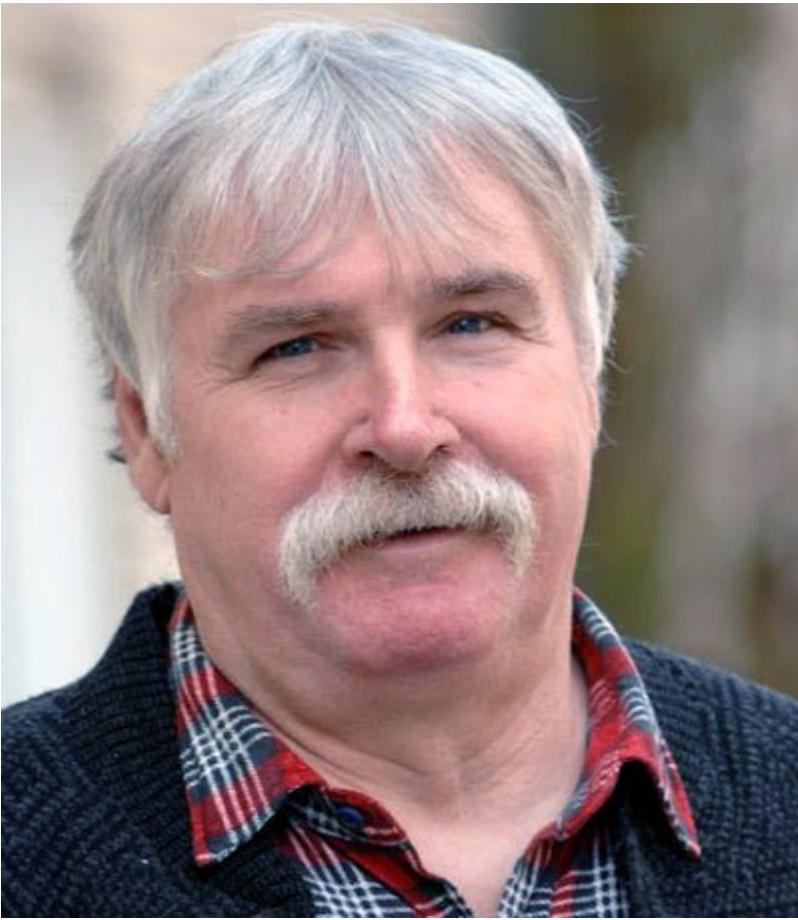
Sie könne allerdings auch anders handeln, wie es zum Beispiel die Stadt Flensburg praktiziere. Dort gewährt die Stadt bedürftigen Kindern Schulbeihilfen. Vor deren Auszahlungen hat die Flensburger ARGE erklärt, dass die EmpfängerInnen die Beihilfen behalten und nicht wieder bei der ARGE abliefern müssen. Mit einem Antrag im Sozialausschuss wollen die Lübecker Grünen ein gleiches Vorgehen der Lübecker ARGE in der Hansestadt erreichen. Die Grünen wollen damit verhindern, dass Schulbeihilfen, aber auch andere geldliche Zuwendungen für Kinder, von den Hartz-IV-Leistungen wieder abgezogen werden.

In der nächsten Sozialausschusssitzung wird auch der Lübecker Armutsbericht behandelt. "Die Lübecker Grünen bedanken sich bei den Autorinnen und Autoren für den hervorragenden und ausführlichen Bericht", so Klinkel. "Der Inhalt – insbesondere der Teil über das dramatische Ansteigen der Armut in der Hansestadt - ist erschreckend. Eine der Ursachen dafür ist die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die sogenannte Hartz-IV-Reform."

Hierzu meint Klinkel: "Es reicht jedoch nicht aus nur zu schreien: 'Hartz IV muss weg!' Man muss auch wissen was weg und was verändert werden muss. Um Armut zu bekämpfen und zu beseitigen setzen sich die Lübecker Grünen für die Umwandlung der Hartz-IV- Gesetze in ein modernes Sozialrecht des 21. Jahrhunderts ein. Staat diskriminierende Fürsorgeleistungen fordern die Lübecker GRÜNEN ein Existenz sicherndes, armutsfestes und bedingungsloses Grundeinkommen für Erwachsene und für Kinder. Die Einführung ist jedoch nur auf Bundesebene möglich."

In einem Bericht soll der Bürgermeister über mögliche Maßnahmen berichten, mit denen die Hansestadt die im Armutsbericht geschilderten Ursachen und Folgen der Armut beseitigen und bekämpfen kann, fordern die Grünen in einem weiteren Antrag.

**Rolf Klinkel ist sozialpolitischer
Sprecher der Lübecker Grünen.**



Grüne/red. 01.09.2008 14.32